

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag, den 31.01.2013, 17.30 Uhr, Rathaus, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend:

AVors. RM Kendziora (SPD)

sowie die Damen und Herren

Ratsmitglieder:

SPD

Gartzen
Gehlen
Klinkenberg
Leonhardt
Zimmermann

CDU

Schmitz
Dondorf

FDP

Göbbels

Bündnis 90/Die Grünen

Widell

UWG

Spies

Einzelvertreter

Stolz

sachkundige Bürger:

SPD

Wagner (f. Hahn)
Quilitz
Rehahn
Tirok

CDU

Els (f. Braun)
Müller (ab 17.35 Uhr)

FDP

Braune

beratende Mitglieder:DIE LINKE

Borchardt

sachkundige Einwohner:BUND

Leusch

Agenda

Von Wolff

Gäste:von der Verwaltung:

Gödde
 Dr. Hartlich
 Blasberg
 Büttgen
 Jopke
 Handels

Schriftführer:

Mathar

Herr AVors. Kendziora eröffnete um 17.30 Uhr die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste, die Presse sowie die Damen und Herren der Verwaltung.

Anschließend berichtete **Herr AVors. Kendziora**, dass vor Beginn der Sitzung Herr Jörg Els als neues Ausschussmitglied eingeführt sowie verpflichtet werden müsse.

Einführung und Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

VV-Nr.: 039/113

Herr stellv. skB Els wurde vom Ausschussvorsitzenden Herrn Kendziora eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Im Rahmen der Verpflichtung sprach Herr Els folgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde. Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.“

Nach Verpflichtung des neuen Ausschussmitgliedes stellte Herr **AVors. Kendziora** fest, dass die Einladung für die Sitzung sowie die Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß zugestellt wurden und die Beschlussfähigkeit gegeben war. Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht beantragt. Anschließend wies er die Ausschussmitglieder auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 i.V.m. § 43 Abs. 2 GO NRW hin.

A) Öffentlicher Teil

A 1) Genehmigung einer Niederschrift

Bauleitplanung

- A 2) 6. Änderung des Flächennutzungsplanes – Merzbrücker Straße -;**VV-Nr.: 002/13**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung
- A 3) 8. Änderung des Flächennutzungsplanes - Solarpark Röhe -; **VV-Nr.: 011/13**
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses, erneuter Aufstellungsbeschluss und Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung
- A 4) Aufhebung des Bebauungsplans D 7 - Gasthausstraße -; **VV-Nr.: 030/13**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung
- A 5) Bebauungsplan 277 - Siedlung Wilhelminenstraße -; **VV-Nr.: 010/13**
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
- A 6) Bebauungsplan 284 - Obstwiese Kalvarienbergstraße -; **VV-Nr.: 031/13**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Verkehr

- A 7) Buslinienkonzept - Maßnahme zum Fahrplanwechsel 2013 -; **VV-Nr.: 001/13**
hier: Anbindung des Blaustein-Sees
- A 8) Eisenbahnüberführung K 33/ Stich; **VV-Nr.: 005/13**
hier: Sachstandsbericht
- A 9) Barrierefreies Bauen im öffentlichen Verkehrsraum; **VV-Nr.: 003/13**
hier: Einführung neuer Ausbaustandards
- A 10) Abweichung gemäß § 73 BauO NRW **VV-Nr.: 021/13**
hier: Befreiung von § 9 der Satzung über die Notwendigkeit, Art, Gestaltung und Höhe von Einfriedungen in der Stadt Eschweiler zur Errichtung einer massiven Einfriedung auf dem Grundstück in

Eschweiler, Neusener Straße 50, Gemarkung Kinzweiler, Flur 35, Flurstück 71
 Bezug: §§ 9 und 11 der Satzung über die Notwendigkeit, Art, Gestaltung und
 Höhe von Einfriedungen in der Stadt Eschweiler

Entwässerung

- A 11) Bebauungsplangebiet 142 B - Bourscheidtstraße -; **VV-Nr.: 032/13**
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2013 zur
 Entwässerungssituation
- A 12) Bericht AGO vom 24.01.2013
- A 13) Anfragen und Mitteilungen

B) Nichtöffentlicher Teil

- B 1) Beschlusskontrolle **VV-Nr.: 023/13**
- B 2) Anfragen und Mitteilungen

A) Öffentlicher Teil

- A 1) Genehmigung einer Niederschrift

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses genehmigten ein-
stimmig die Niederschrift.

Bauleitplanung

- A 2) 6. Änderung des Flächennutzungsplanes - Merzbrücker Straße -; **VV-Nr.: 002/13**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und
 der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen
 Auslegung

Herr RM Gehlen machte unter Hinweis auf das damalige Sitzungsprotokoll deut-
 lich, dass seinerzeit beschlossen wurde, dass die Bauflächenentwicklung in ei-
 nem ersten Schritt in einer Größenordnung von ca. 25 Häusern erfolgen solle
 und sukzessive - sofern Bedarf bestünde – für weitere Abschnitte Baurecht ge-
 schaffen werden solle.

Herr skE Braune wies auf die Bedenken vieler St. Jöriser Bürger hin, die die
 Ausweisung eines Bebauungsgebietes mit 80 Häusern als zu groß erachteten.

Herr TB Gödde versicherte, dass der Bebauungsplan die abschnittsweise Ent-
 wicklung über einen längeren Zeitraum je nach Bedarf beinhalten solle. Er würde
 daher in einem ersten Schritt auch nur in der beschlossenen Größenordnung
 realisiert.

Herr RM Widell wies auf die vielen zur Verfügung stehenden Baulandflächen im
 Stadtgebiet hin. Seine Fraktion werde die FNP-Änderung zwar zum jetzigen Zeit-

punkt mittragen, jedoch bei der Aufstellung des entsprechenden Bebauungsplanes auf die Größe der ausgewiesenen Fläche achten.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte anschließend dem nachfolgenden Beschlusssentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Der Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes - Merzbrücker Straße - (Anlage 3) mit Begründung einschließlich Umweltbericht (Anlage 4) wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung beschlossen.

- A 3) 8. Änderung des Flächennutzungsplanes - Solarpark Röhe -; **VV-Nr.: 011/13**
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses, erneuter Aufstellungsbeschluss und Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Herr RM Widell machte deutlich, dass die Ausführungen zur Schulhofnutzung in der Verwaltungsvorlage von ihm anders gesehen würden. Auch sei trotz einer Verkleinerung der verbleibenden Fläche zugunsten des Erhalts eines Bolzplatzes eine Wirtschaftlichkeit des Solarparks gegeben, so dass die Verwaltungsvorlage nicht mitgetragen werde.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte mit 18 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, UWG, RM Stolz) bei 1 Gegenstimme (Grüne) dem nachfolgenden Beschlusssentwurf zu:

- I. Der Beschluss vom 22.03.2012 (Vorlagennummer 049/12) zur Aufstellung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes - Solarpark Röhe - wird aufgehoben.
- II. Die Aufstellung der 8. Änderung des Flächennutzungsplans - Solarpark Röhe - gemäß § 2 (1) BauGB mit dem in Anlage 3 dargestellten geänderten Geltungsbereich wird beschlossen.
- III. Die Stellungnahme der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB wird nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- IV. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- V. Der Entwurf der 8. Änderung des Flächennutzungsplans (Anlage 3) mit Begründung (Anlage 4) einschließlich Umweltbericht wird zum Zweck der öffentlichen Auslegung beschlossen.

- A 4) Aufhebung des Bebauungsplans D 7 - Gasthausstraße -; **VV-Nr.: 030/13**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahme der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Zum Verfahren der Aufhebung des Bebauungsplans D 7 – Gasthausstraße – einschließlich der 1., 2., 3. Und 4. Änderung (Anlage 4) mit Begründung (Anlage 5) wird die öffentliche Auslegung beschlossen.

- A 5) Bebauungsplan 277 - Siedlung Wilhelminenstraße -; **VV-Nr.: 010/13**
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

Zu Anfang des Tagesordnungspunktes erklärte sich **Herr RM Stolz** für befangen und nahm im Zuschauerbereich Platz.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte einstimmig dem nachfolgenden Beschlussentwurf zu:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- III. Der Bebauungsplan 277 – Siedlung Wilhelminenstraße – (Anlage 2) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) als Abschlussbegründung hierzu.

- A 6) Bebauungsplan 284 - Obstwiese Kalvarienbergstraße -; **VV-Nr.: 031/13**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Der Entwurf des Bebauungsplans 284 - Kalvarienbergstraße - (Anlage 2) mit Begründung (Anlage 3) wird zum Zweck der öffentlichen Auslegung beschlossen.

Verkehr

- A 7) Buslinienkonzept - Maßnahme zum Fahrplanwechsel 2013 -; **VV-Nr.: 001/13**
hier: Anbindung des Blaustein-Sees

Herr RM Gehlen machte deutlich, dass der vorliegende Beschlussentwurf so nicht mitgetragen werde, da es sich bei der Ausweitung des ÖPNV-Angebotes zwar um freiwillige Leistungen handele, jedoch eine Anbindung wegen der diversen Nutzungen am Blaustein-See erforderlich sei. Aus diesem Grund solle die Verwaltung beauftragt werden, mit der ASEAG Gespräche zu führen, ob während der Sommerferien auf Basis der Variante 3 ein Probebetrieb durchgeführt werden könne. Nach Auswertung der Testphase könne dann für 2014 geprüft werden, inwieweit ein Regelbetrieb sinnvoll und finanzierbar sei.

Frau RM Dondorf sah ebenfalls das Erfordernis der Anbindung des Blaustein-Sees, jedoch solle wegen der Kosten in diesem Jahr lediglich in den Monaten Juli und August ein Probebetrieb auf Basis der Variante 3 im Zweistundentakt durchgeführt werden.

Herr RM Widell sah die Einführung eines 2-Stundentaktes als nicht sinnvoll an. Vielmehr sei die Variante 3 während der Sommerferien zu favorisieren. Durch die Einführung der Buslinie würde die Stadt Eschweiler erhebliche Aufwendungen z.B. im Bereich der Unterhaltung von Straßenbanketten sparen, die die Mehraufwendungen im Bereich der ÖPNV-Umlage deutlich kompensieren würden.

Auf Vorschlag von Herrn AVors. Kendziora wurde seitens der Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses nachfolgender Beschlussentwurf ein- stimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der Variante 3 Gespräche mit der ASEAG für einen Probebetrieb zur Anbindung des Blaustein-Sees während der Sommerferien bzw. für die Monate Juli und August - Anbindung im ein – wie auch zweistündigen Takt – zu führen.

Auf Basis der Gespräche ist für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage unter Darlegung der Kosten zu fertigen.

- A 8) Eisenbahnüberführung K 33/ Stich; **VV-Nr.: 005/13**
hier: Sachstandsbericht

Herr RM Gehlen machte deutlich, dass der in der Verwaltungsvorlage dargestellte Sachverhalt so nicht zur Kenntnis genommen werden könne. Seit Jahren bemühten sich alle Beteiligten wegen der gefährlichen Engstelle um eine Aufweitung der Eisenbahnüberführung. Durch die in der nächsten Zeit anstehende Schließung des Bahnüberganges Jägerspfads würde der Verkehr noch zunehmen; die nunmehr durch die StädteRegion Aachen ins Spiel gebrachte signaltechnische Lösung würde in keiner Weise eine Verbesserung bringen. Aus diesem Grund solle die Verwaltung beauftragt werden, auf die StädteRegion zuzugehen, um die Gespräche für eine Aufweitung der Eisenbahnüberführung fortzuführen.

Die **Herren RM Göbbels, RM Spies, RM Stolz** und **RM Widell** sprachen sich ebenfalls für die Fortführung der Verhandlungen bezüglich einer Aufweitung der Eisenbahnüberführung aus; dies solle der StädteRegion Aachen auch deutlich mitgeteilt werden.

Herr RM Schmitz gab zu bedenken, dass die DB AG ein schwieriger Verhandlungspartner sei und in der Vergangenheit immer taktiert habe.

Herr TB Gödde berichtete, dass sich die Beteiligten vor ca. 1 ½ Jahren über die Kosten grundsätzlich einig gewesen seien.

Auf Vorschlag von **Herrn AVors. Kendziora** wurde seitens der Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses nachfolgender Beschlusssentwurf einstimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, der StädteRegion Aachen mitzuteilen, dass die Stadt Eschweiler wegen der vorhandenen unbefriedigenden Situation nur eine Aufweitung der Eisenbahnüberführung als sinnvoll erachtet. Eine von der StädteRegion favorisierte signaltechnische Zwischenlösung für den Bereich stellt absehbar keine Verbesserung der derzeitigen unbefriedigenden Situation dar. Vielmehr sollen auf Basis der vor ca. 1 ½ Jahren zwischen den Beteiligten (StädteRegion Aachen, DB AG, Stadt Eschweiler) abgesprochenen weiteren Vorgehensweise die Verhandlungen zur Aufweitung der Überführung zeitnah fortgesetzt werden.

- A 9) **Barrierefreies Bauen im öffentlichen Verkehrsraum;** **VV-Nr.: 003/13**
hier: Einführung neuer Ausbaustandards

Herr RM Göbbels beantragte, in der nächsten Sitzung des Ausschusses die Kosten für einen richtlinienkonformen Umbau des Kreisverkehrs August-Thyssen-Straße/ Langwahn/ Marienstraße mitzuteilen, da in der Vergangenheit der behindertengerechte Ausbau mehrfach Thema in den betreffenden Ausschüssen gewesen sei.

Herr RM Gehlen gab zu bedenken, dass man jetzt nicht in Aktionismus sämtliche Kreuzungsbereiche umgestalten solle, da die Kosten doch erheblich und darüber hinaus viele Bereiche schon heute gut ausgebaut seien.

Herr AVors. Kendziora schlug vor, dass der Kreisverkehr im Rahmen der AGO nochmals besichtigt werden solle. Hierbei könne die Verwaltung zum möglichen Umbau entsprechend informieren.

Die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage wurden anschließend von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

- A 10) **Abweichung gemäß § 73 BauO NRW** **VV-Nr.: 021/13**
hier: Befreiung von § 9 der Satzung über die Notwendigkeit, Art, Gestaltung und Höhe von Einfriedungen in der Stadt Eschweiler zur Errichtung einer massiven Einfriedung auf dem Grundstück in Eschweiler, Neusener Straße 50, Gemarkung Kinzweiler, Flur 35, Flurstück 71
 Bezug: §§ 9 und 11 der Satzung über die Notwendigkeit, Art, Gestaltung und Höhe von Einfriedungen in der Stadt Eschweiler

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem nachfolgenden Beschlusssentwurf einstimmig zu:

Der Befreiung von § 9 der Satzung über die Notwendigkeit, Art, Gestaltung und Höhe in der Stadt Eschweiler für die Errichtung einer massiven Einfriedungswand von 2,00 m auf dem Grundstück in Eschweiler, Neusener Straße 50, Gemarkung Kinzweiler, Flur 35, Flurstück 71, wird zugestimmt.

Entwässerung

- A 11) Bebauungsplangebiet 142 B - Bourscheidtstraße -; **VV-Nr.: 032/13**
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2013 zur Entwässerungssituation

Herr TB Gödde informierte die Ausschusssmitglieder über den derzeitigen Sachstand.

Die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage wurden anschließend durch die Mitglieder des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

- A 12) Bericht AGO vom 24.01.2013

Herr RM Widell machte deutlich, dass zum Besichtigungszeitpunkt die Schulhoffläche mit Schnee bedeckt gewesen sei. Aus diesem Grund beantrage er die nochmalige Besichtigung der Fläche im Rahmen der nächsten AGO.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses nahmen anschließend den Bericht über die Besichtigung der Arbeitsgruppe Ortsbesichtigung vom 24.01.2013 zur Kenntnis.

- A 13) Anfragen und Mitteilungen

- 13.1 Baulicher Zustand der Friedhofskapelle Friedhof Dürwiß;
hier: Anträge der SPD-Fraktion vom 28.01.2013 sowie des CDU-Ortsverbandes Dürwiß vom 26.12.2012

Herr TB Gödde berichtete, dass derzeit mit der WBE GmbH Möglichkeiten einer Sanierung des Glockenturms geprüft würden. Bei der Prüfung werde als Alternative auch der Bau eines separaten Glockenturms mit einbezogen.

- 13.2 Wasserqualität im Blaustein-See;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25.01.2013

Herr TB Gödde berichtete, dass ein ausführliches Antwortschreiben auf den mit Schreiben vom 25.01.2013 übermittelten Fragenkatalog nach der Sitzung versendet werde. Anschließend ging er kurz auf die wesentlichen Punkte des Schreibens ein.

- 13.3 Erneuerung/ Sanierung der Skateranlage Indestraße

Herr RM Schmitz beantragte unter Hinweis auf den Beschluss der „Arbeitsgruppe Kinderspielplätze und Jugendtreffpunkte“ im November 2012

die Beratung der Thematik „Skateranlage Indestraße“ im nächsten Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 19.13 Uhr.